



Dr. Edmund Stoiber
28. September 1941. CSU-Politiker.
Geboren in Oberaudorf, Kreis
Rosenheim. Nach Abitur und Wehr-
dienst in München Studium der Rechte
und der politischen Wissenschaften.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der
Uni Regensburg. Nach dem 2. juristi-
schen Staatsexamen 1971 Übernahme
in das Bayerische Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umwelt-
fragen. 1972–1974 persönlicher
Referent des Staatsministers.
Seit 1974 Mitglied des Bayerischen
Landtags. 1978 Zulassung als Rechts-
anwalt. 1978–1983 Generalsekretär
der CSU. 1982–1986 Staatssekretär,
1986–1988 Staatsminister und Leiter
der Bayerischen Staatskanzlei.
Anschließend bis 1993 Innenminister
des Freistaates. Seither Bayerischer
Ministerpräsident und seit 1999
CSU-Vorsitzender.

Dr. Edmund Stoiber

Ministerpräsident des Freistaates Bayern

„Die Herausforderungen des 21.Jahrhunderts“

Meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren! Es ist für mich eine besondere Ehre, zum 50. Übersee-Tag vor Ihnen sprechen zu können, und ich danke Ihnen für die Einladung.

Die Reihe der Persönlichkeiten, die vor Ihrem Club bedeutende Reden gehalten haben – Sie haben das ganz kurz erwähnt –, liest sich wie ein „Who is who?“ der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Ich denke dabei insbesondere an die große Rede Gustav Stresemanns vom 16. April 1925. Der große Staatsmann sprach vom Gebot des „free trade and fair play“ im Zeitalter der Weltwirtschaft. Heute nennen wir das „Globalisierung“. Der deutschen Wirtschaft schrieb Stresemann folgende Mahnung ins Stammbuch – ich darf zitieren –:

Es wäre irrig, den Blick davor zu verschließen, dass die Industrialisierung auch in außereuropäischen Rohstoffländern große Fortschritte macht, an die wir früher niemals gedacht haben.

Heute nennen wir das den „globalen Wettbewerb“ und sprechen von den „Herausforderungen an Deutschland zu Innovationen und Reformen“ oder, um es mit den Worten des Bundespräsidenten zu sagen: „Die Welt wartet nicht auf Deutschland.“

Und weiter Stresemann 1925 prophetisch:

Mir scheint gegenüber der Balkanisierung Europas die Frage einer möglichen Vergrößerung eines zollfreien Wirtschaftsgebietes geradezu entscheidend.

Heute nennen wir das „Wirtschafts- und Währungsunion im Euroland“.

Die Warnung vor der Balkanisierung Europas hat angesichts des Kosovo-Krieges einen ganz anderen Klang bekommen. Die friedensstiftende Kraft eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes wird uns wieder bewusster. Auch der Osten Europas braucht diese konfliktvermeidende Wirkung der Europäischen Union. Wir müssen uns in dieser Frage gerade unter dem Gesichtspunkt des Kosovo-Krieges klar werden, dass wir nicht nur unsere wirtschaftlichen Probleme allein sehen dürfen, sondern dass wir sehen müssen, dass der stabile Westen destabilisiert werden kann durch die Destabilität des Ostens.

Wenn ich eingedenk meiner prominenten Vorredner über die Aufgaben der Zukunft zu sprechen wage, dann erlauben Sie mir vorweg die Bemerkung, dass auch ich weiß, wie rasch die Entwicklung den Propheten überholen und den Weisen zum Narren machen kann. Auf der Schwelle zum 21.Jahrhundert ist jede Prognose über die Zukunft schwieriger als etwa noch vor 100 oder gar 200 Jahren. Über eine Konstante des 21.Jahrhunderts bin ich mir aber ganz sicher: Das ist der rasante Wandel.

Ich will Ihnen einmal ein Beispiel nennen, das mir der Chef von IBM eindrucksvoll dargelegt und mit Zahlen untermauert hat: Das Radio brauchte 40 Jahre, um 50 Millionen Hörer in der Welt zählen zu können. Das Fernsehen brauchte noch 13 Jahre, um die gleiche Anzahl erreichen zu können. Beim Internet waren es nicht einmal vier Jahre, um 50 Millionen Nutzer zu verbinden, und heute nähern wir uns bald der Milliardenzahl.

Wie sieht die Informationsgesellschaft in zehn, in zwanzig Jahren aus? Auch über diese Frage will ich heute gemeinsam mit Ihnen nachdenken. Wenn ich im Folgenden Prognosen wage, dann können Sie vielleicht schon morgen sagen: Hätte er geschwiegen, wäre er ein Weiser geblieben. Trotzdem: Versuchen wir es!

In vielen Resolutionen der Vereinten Nationen und in unzähligen wissenschaftlichen Studien herrscht weitgehender Konsens über die globalen Herausforderungen der Zukunft. An erster Stelle steht: das Überleben sichern, die Schöpfung bewahren, die Zerstörung der Lebensgrundlagen zukünftiger

Generationen verhindern. Das bedeutet als Kernaufgabe für die internationale Staatengemeinschaft, Krieg, Umweltvernichtung sowie Wirtschafts- und Währungskrisen zu bekämpfen. Das Stichwort dafür lautet spätestens seit der UN-Konferenz 1992 in Rio „sustainable development“, zu mehr oder wenig gut Deutsch „nachhaltige Entwicklung“.

Doch pures Überleben allein kann noch nicht das Ziel für eine humanere Zukunft sein. Armut und Unterdrückung sind zu beseitigen, um die Menschenrechte und die demokratische Freiheit möglichst überall auf der Welt zu verwirklichen.

In den Zeiten des Kalten Krieges haben wir gelernt: Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist die Anwesenheit von Lebensqualität in kultureller, in sozialer und in ökonomischer Hinsicht. Wir wissen aber auch, diese Ziele sind lange noch nicht erreicht, und es besteht keineswegs Einigkeit darüber, wie der Weg zu diesem Ziel konkret beschritten werden kann. Spätestens hier scheiden sich die Geister.

Ein Wanderer, der den Verlauf eines Weges abschätzen will, der vor ihm liegt, den er aber noch nicht einsehen kann, wird immer eines tun: zunächst zurückblicken und sich erinnern, wie die Linie des Weges verlaufen ist, die hinter ihm liegt. Dann wird er überdenken, wie es um seine Vorräte und Kraftreserven steht, und erst dann wird er überlegen können, welches Ziel er sich vornehmen soll und welche Richtung er einschlagen wird.

Carl Friedrich von Weizsäcker hat geschrieben:

Das Vergangene ist das, was gegenwärtig als das „Faktische“ erscheint. Das Zukünftige ist das, was gegenwärtig als das „Mögliche“ aufgefasst wird, und die Gegenwart ist die „Einheit der Zeit“.

Wer also über die Zukunft spricht, stellt zugleich seine Sicht der Vergangenheit dar und definiert seine Position in der Gegenwart.

Hier bin ich bei meinem Ausgangspunkt: Wer die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts formulieren und bestehen will, hat den Berg von Problemen der Gegenwart zu berücksichtigen, deren Ursachen im 20. Jahrhundert, wenn nicht gar weit früher liegen.

Aus Osttimor erreichen uns in diesen Tagen Bilder abscheulicher Abschlachtungen. Wer spricht schon davon, dass z.B. im Sudan seit 1983 rund zwei Millionen Menschen dem Bürgerkrieg zum Opfer gefallen sind? Ich betone: alles nur Beispiele für aktuelle Konflikte. Die Blutspur der Barbarei ist seit 1945 keineswegs aufgehalten worden. Ja, angesichts von Massenexekutionen, Vergewaltigungen und Vertreibungen im Kosovo scheinen wir der Utopie einer Weltfriedengemeinschaft seit 1945 kaum näher gekommen zu sein.

Das ist die erschreckende Erkenntnis des Kosovo-Krieges: Mit dem großserbischen rassistischen Nationalismus und seinen systematisch geplanten ethnischen Vertreibungen haben uns in Europa der brutale Chauvinismus des 19. und die Barbarei des 20. Jahrhunderts wieder eingeholt.

Der serbische Autismus aber darf nicht länger zum Totengräber einer Friedensordnung für Südosteuropa werden. Mit jedem vertriebenen oder ermordeten Kosovaren stirbt auch ein Stück Kosovo, aber auch ein Stück der guten Zukunft Serbiens. Das ist in diesen Tagen das schlimme Schicksal auch aller Serben.

Das, was hier mitten in Europa geschieht, geht alle Europäer an. Es geht im Kosovo um nichts Geringeres als um die Zukunft Europas.

Meine Damen, meine Herren! Nach dem Golf-Krieg und dem Drama in Bosnien haben uns die letzten Wochen erneut die Augen geöffnet. Der Optimismus, ja die Euphorie des Jahres 1989/90 über den Sieg der Demokratie, die greifbare Verwirklichung eines Zusammenwachsens Europas in Frieden und Freiheit sind neuer Skepsis, neuen Sorgen über den Balkan und über die politischen Kräfteverhältnisse in Russland gewichen.

Unsere an Frieden und Wohlstand gewöhnte Gesellschaft erkennt: Die militärische Stärke und die Wehrhaftigkeit der westlichen Demokratien ist nach wie vor und auf lange Dauer unverzichtbar. Wir sollten bei aller Betroffenheit nie vergessen, dass der Anteil der Europäer in den militärischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien außerordentlich gering ist und dass den

größten Teil die Amerikaner tragen. Mehr als vier Fünftel aller Flugzeuge z.B. stellen die Amerikaner. Viele Einrichtungen haben wir gar nicht. Das muss sicherlich bei uns zum Nachdenken führen.

Der bedeutende Schriftsteller Albaniens Ismael Kandaré hat eindrucksvoll beschrieben, was in diesen Wochen für Europa auf dem Spiel steht – ich zitiere –:

Es geht nicht um materielle Interessen, sondern um das Prinzip: die Verteidigung der Rechte und die Existenz des ärmsten Volkes auf dem Kontinent. So wird Europa zum Europa der Menschen. Es verkündet ein neues Programm. Es stiehlt sich nicht davon. Es bestraft das Verbrechen. Das ist ein Gründungsakt, und wie stets geschieht ein solcher Akt nicht im Jubel, sondern im Schmerz.

So weit der albanische Dichter. Ich denke, er hat Recht. Jeder Quadratmeter des Kosovo, der nicht befriedet ist, jede Familie, die vertrieben wird, und jeder Mord im Kosovo sind ein Schritt weg von der Zukunft Europas in Freuden und Freiheit.

Die russische Regierung sieht das letztlich genauso. Das habe ich bei meinem Moskau-Besuch Anfang April nachdrücklich erfahren. Im Parlament Russlands – ich bitte immer wieder, das zu berücksichtigen – regieren die Nationalisten und die Kommunisten. Die Mehrheit ist für ein Eingreifen in diesen Krieg. Die politisch Verantwortlichen – Jelzin, Primakow oder auch Oberbürgermeister Luschkow – sind entgegen der überwältigenden Mehrheitsmeinung der russischen Bevölkerung dafür, sich nicht in den Krieg ziehen zu lassen. Deswegen ist es von so entscheidender Bedeutung, dass wir bei aller Bündnistreue – die gehört zur Staatsräson in Deutschland – niemals vergessen, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland für Deutschland und für Europa immer von entscheidender Bedeutung sind. Ich will nur einen Satz zitieren, den mein großer Mentor Franz Josef Strauß auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges Leonid Breschnew entgegnet hat: Zeiten, in denen die Verhältnisse zwischen Russland und Deutschland schlecht waren – leider gab es da viele Jahrzehnte –, waren letztlich auch schlecht für die Menschen in Europa und in Russland. Und Zeiten, in denen die Beziehungen gut waren, waren auch gute Zeiten für die Menschen.

Deswegen ist es von so entscheidender Bedeutung, eine Friedenslösung nur mit den osteuropäischen Staaten, hier mit Russland und natürlich abgestuft auch mit der Ukraine, zu erreichen; denn ein militärischer Sieg allein löst überhaupt kein Problem. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass eine politische Lösung kommt, die sicherlich viel Zeit braucht. Aber das muss unser Ziel sein.

Ich sage auch ganz bewusst: Jeder Staat und jede Regierung und jede Partei, die sich nicht gegen das verbrecherische Regime in Belgrad stellt, können nicht Teil der Wertegemeinschaft des zusammenwachsenden Europas sein.

Deutschland hat an dieser Wegscheide in der Geschichte unseres Kontinents nicht nur wegen der EU-Ratspräsidentschaft eine besondere Verantwortung. Dabei will es die Ironie der Geschichte, dass in Deutschland gerade diejenige Generation in einem NATO-Kriegseinsatz der Bundeswehr Farbe bekennen muss, die im politischen Kampf gegen die NATO und gegen den NATO-Doppelbeschluss groß geworden ist. Die 68er – wenn ich es einmal pauschalieren darf – haben Politik nie als Ernstfall begriffen, und sie haben mit einer radikalen Weltfremdheit gegen das so genannte Establishment rebelliert. Sie brauchten lange, sehr lange – wenn ich das nicht mit Überheblichkeit, sondern als Chronist sagen darf –, bis sie erwachsen wurden. Doch schon seit der Bosnien-Debatte und nun abschließend mit der Regierungsverantwortung im Kosovo-Krieg ist für die Generation der 68er der Ernstfall gekommen.

Wie hieß es auf den Plakaten nach der Bundestagswahl: Regieren sollte Spaß machen. Der Parteitag der Grünen am 13. Mai wird der endgültige Abschluss einer sehr langen Entwicklungszeit sein, in der es manchmal leicht war zu kreischen: „Soldaten sind Mörder.“

Ich glaube, diese Diskussion würden wir heute nicht mehr führen. Und dass ich als Ministerpräsident des Freistaats Bayern und als Vorsitzender der CSU

durchaus nachdenklich werde, wenn der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland im Bundestag von „soldatischem Können“ und der Verteidigungsminister von „soldatischer Tugend“ sprechen, dann ist das außerordentlich beachtenswert; denn fünf Jahre vorher hätte ich mir das nicht vorstellen können.

Es ist notwendig, immer die Balance zu halten zwischen unserer Staatsrason, Bündnistreue und der Notwendigkeit, als Europäer gute Verhältnisse zu Osteuropa zu haben.

In den letzten Wochen ist die so genannte deutsche Friedensbewegung vor die historische Frage gestellt worden, welcher Spruch der 68er-Generation für sie heute bedeutender ist: „Nie wieder Krieg!“ oder „Nie wieder Flucht und Vertreibung! Nie wieder Völkermord!“ Der Außenminister hat diese Frage in aller Deutlichkeit beantwortet. Verantwortung für die geschundenen Menschen im Kosovo geht Herrn Fischer über altlinken Antiamerikanismus und über einen weltfremden, keineswegs moralisch überlegenen Radikalpazifismus.

Es gibt heute keinen deutschen Sonderweg gegenüber dem Westen. Zugleich gibt es eine besondere Rolle Deutschlands, um Russland mit ins Boot zu holen und an einer internationalen Friedenstruppe zu beteiligen. Diese außen- und vor allen Dingen auch innenpolitische Entwicklung ist gut für Deutschland, und sie ist gut für Europa.

Ich will noch einmal erwähnen: Wir müssen die Osterweiterung möglicherweise unter anderen Gesichtspunkten sehen als noch vor einigen Wochen und Monaten. Deswegen ist für mich auch der Berliner Gipfel über die Agenda 2000 am 24./25. März noch einmal neu zu überdenken; denn es geht nicht an, für die Osterweiterung letzten Endes nur etwa elf Milliarden Euro im Jahre 2006 vorzusehen, während man gleichzeitig eine wesentlich größere Summe für strukturschwache Länder in der alten Europäischen Union vor sieht. Man muss sich entscheiden: Will man noch mehr Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union und noch mehr Gleichwertigkeit, oder will man in der Tat mehr tun, um eine Friedensgemeinschaft auch in Richtung Osten zu entwickeln, und zwar schneller zu entwickeln, weil wir nicht wissen, wie lange das Fenster der Gelegenheit insgesamt offen ist.

Staatspräsident Kutschma sagte mir gestern in Kiew: Es war seine Politik, den mehr als 55 Millionen Ukrainern deutlich zu machen, dass die NATO kein Aggressor ist, sondern ein Stabilitätsfaktor, und er hatte es eigentlich erreicht, obwohl die Menschen in der Sowjetunion 40 Jahre lang das Gegen teil gehört haben. Natürlich ist jetzt der Krieg im Kosovo für uns außerordentlich schwierig, weil wieder das alte Bild auftaucht: Aha, es war also richtig, die NATO ist ein Aggressor. – Trotzdem sieht er in einer enormen staatspolitischen Verantwortung den Weg für sein Volk nur in einer Annäherung – ich sage es vorsichtig – an den Westen, und dies trotz einer gegenteiligen Stimmung in seinem Parlament. Nur, wir müssen dies unterstützen, weil es, wenn die westlich orientierten Politiker ersetzt werden durch Nationalisten und Extremisten und wenn es dort mehr Lukaschenkos gibt, dann wird es für uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, weit gefährlicher, als wir uns das gegenwärtig vorstellen können.

Der Kosovo-Krieg bedeutet auch: Die europäische und die globale Dimension unseres Wohlstandes, unseres Friedens und unserer Verantwortung ist uns sehr schmerzlich vor Augen geführt worden. Wir leben im Bewusstsein des Endes eines Jahrhunderts mit zwei schrecklichen Weltkriegen. Wir erleben seit 1945 auch das Ende der europäischen Vorherrschaft in der Welt. Die USA sind die letzte verbliebene Supermacht, und ihre Zivilisation ist unbestritten prägend geworden für die Welt. Hinzu kommt: Der asiatische Kontinent hat wirtschaftlich immer mehr aufgeholt. China wird eine entscheidende Großmacht des nächsten Jahrhunderts sein.

Umso mehr stellt sich die Frage: Welche Epoche hat für Europa und die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges begonnen? Ist der Kosovo-Krieg mehr noch als die Intervention im Irak so etwas wie die Initiation einer zukünftigen Weltordnung, in der die Menschenrechte gegen einzelne Gewalt herrscher und Kriegsverbrecher notfalls auch mit Gewalt geschützt und aktiv

verteidigt werden? Ist zum Beispiel die Auslieferung der Attentäter von Lockerbie oder der mögliche Prozess gegen Pinochet in Spanien Auftakt zu einer Epoche der globalen juristischen Verfolgung von Terror und Menschenrechtsverletzungen? Werden Milosevic oder der berüchtigte Arkan jemals vom Haager Kriegsverbrechertribunal abgeurteilt werden?

Das sind Hoffnungen. Aber eines ist heute schon deutlich: Altbekannte Formeln von der Einmischung in die inneren Angelegenheiten und von der Verletzung der staatlichen Souveränität können nicht länger als Vehikel der Advokaten des Verbrechens missbraucht werden.

Staatliche Souveränität ist Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Das ist ein sehr hoher Wert. Aber das Menschenrecht als überstaatliches und vorstaatliches Recht steht nicht zur Disposition staatlicher Souveränität. Das war schon die Kernaussage des Nürnberger Prozesses zur Aburteilung der Verbrecher des Nationalsozialismus. Das Statut des Internationalen Kriegsverbrechertribunals hat damals unter anderem festgelegt: Verbrechen gegen die Menschlichkeit können nicht unter dem Deckmantel der Souveränität eines Staates unbestraft bleiben.

Die Menschenrechte müssen über dem Wert staatlicher Souveränität stehen. Das ist eine der wichtigsten Konsequenzen aus den Schrecken des 20.Jahrhunderts. Es muss gelten: Die Menschenrechte sind unteilbar.

In der Hansestadt Hamburg mit ihrer großen Tradition, im Hamburger Hafen, dem Tor zur Welt, hier in der Börse, hier als Gast des Übersee-Clubs ist es mit Händen zu greifen: Die Welt wächst zusammen. Europa vereinigt sich. Im Durchschnitt sind bereits 50 Prozent der deutschen Innenpolitik durch EU-Recht bestimmt. – Die Wahl von Romano Prodi gestern, meine Damen und Herren, ist viel wichtiger für Deutschland als die Wahl eines Ministerpräsidenten oder eines Bundeskanzlers!

70 Prozent aller für Deutschland wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen fallen in der Europäischen Union, und in der Landwirtschaft sind es 80 Prozent, im Umweltbereich etwa 70 Prozent. Nur im Bewusstsein der Menschen starren wir noch viel stärker auf den Bundestag und auf die nationalen Parlamente und viel zu wenig auf das Europäische Parlament.

Regionale Vielfalt wird reduziert. Wenige große Handels- und Währungszonen bestimmen die Weltwirtschaft. Kontinente übergreifende Megafusionen wie zuletzt die von Daimler und Chrysler nehmen zu. Heinrich von Pierer hat verkündet: Siemens ist überall.

Die Frage müssen wir uns stellen, ob nicht der Mann, der morgen Abend bei Ihnen spricht, Herr Schrempp, eigentlich viel mächtiger ist als jeder gewählte Politiker hier in Deutschland und vielleicht auch darüber hinaus. Das Problem ist natürlich: Die Wirtschaft ist mächtig. Aber die sozialen Konflikte müssen die Politiker lösen. Das ist das Schwierige, dass Macht und Gestaltung für die Gesellschaft zum Teil erheblich auseinander fallen.

Sie alle hier im Saal wissen aus täglicher praktischer Erfahrung: Grenzen aller Art fallen, und wir sind auf dem Weg zur „one world“ der Weltgesellschaft. Man kann jetzt im „global village“ düsen und jetten, man kann faxen, e-mailen und Internet-surfen, natürlich „world wide“ und „just in time“. Aber damit ist die Welt nicht zu einem konfliktfreien Dorf geworden. Denn neben der Vereinheitlichung der Kulturen und der Nivellierung von Unterschieden gibt es auch gegenläufige Tendenzen.

Professor Huntington – Ihnen allen sicherlich bekannt – erwartet den „Kampf der Kulturen“ im 21.Jahrhundert. Wir haben es vielleicht verlernt, in so großen geschichtlichen Zusammenhängen zu denken, weil bei uns im geschichtlichen Bewusstsein die Jahre 1933 bis 1945 wie eine Brandmauer eingemeißelt sind und uns die globalen Zusammenhänge, die andere Völker nie vergessen haben, oft ein wenig weggedrückt haben. Nur wer die Geschichte kennt, wer sich den Kampf der Serben gegen das Osmanische Reich wirklich verinnerlicht, wer die Schlacht auf dem Amselfeld nachvollzieht, kann die Entwicklung begreifen, wie stark das heute die Menschen prägt, so dass allein das Wort von Milosevic im Jahr 1989 „Niemand wird euch Serben schlagen!“ der Anfang eines neuen Nationalismus war. Das kann man nur aus der geschichtlichen, aus der großen geschichtlichen Dimension

begreifen. Und nur, wenn man das begreift, weiß man, wie mühsam es ist, die verschiedenen Kulturen, die auf dem Balkan zusammentreffen, zusammenzuführen. Ich sage das ganz vorsichtig. Der Frieden von Dayton führt ja nicht zusammen, sondern er trennt. Ein friedliches Zusammenleben – davon bin ich überzeugt – von Albanern und Serben in einem Staat wird auf Dauer nicht möglich sein. Ich halte das aufgrund des Hasses und auch der Unterschiedlichkeiten und der Verbrechen nicht für möglich.

Das alles hat für uns eine erhebliche Bedeutung. Ich glaube, dass viele gar nicht wissen, dass wir in der Zwischenzeit in Deutschland bereits fast genauso viele Flüchtlinge haben wie aus Bosnien, nämlich etwa 360 000. Wir reden noch von einem Kontingent von 10 000 und von 20 000. Aber es gibt so viele Menschen, die nicht registriert über die Grenze kommen, so dass wir heute bereits 360 000 haben. Wir nähern uns also der Bosnien-Zahl und sind überhaupt noch nicht im geordneten Verfahren. Man muss sich darüber im Klaren sein, was das für uns bedeutet, wenn sich die Dinge nicht in einer friedlichen Entwicklung bewegen.

Aber lassen Sie mich zu Professor Huntington zurückkommen. Er prognostiziert einen gewaltsamen Kampf der Lebenseinstellungen, der Einstellungen zu Wirtschaft und Arbeit und zu den Rechten der Individuen. Ich sage ganz offen: Diese Sicht ist mir zu pessimistisch. Doch eines ist wahr: Die Bedeutung kultureller Identität wird uns gerade in Zeiten ihrer Gefährdung bewusst. Die Menschen suchen offensichtlich vermehrt nach Halt in einer stabilen, überschaubaren Gemeinschaft. Das macht die Frage nach dem Stolz auf Heimat und Nation aktuell. Das bringt aber auch Zulauf für verfassungsfeindliche Parteien, rechtsradikale Jugendbanden, Sekten und andere Gruppen, deren Zusammenhalt erst durch die extreme Abgrenzung entsteht.

Lassen Sie mich die großen Tendenzen unserer Zeit auf theoretische, aber eingängige Formeln bringen: Das 21. Jahrhundert wird in noch schärferer Zusitzung von folgenden drei Dichotomien geprägt sein:

Erstens: Einheit und Vielfalt. Die globale Nivellierung von Unterschieden steht dem Bedürfnis nach regionaler Vielfalt, Abgrenzung und Geborgenheit gegenüber. Und deswegen ist regionale Identität für die Stabilität einer Gesellschaft so ungeheuer wichtig.

Zweitens: Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, also der Widerspruch der toleranten Leitkultur des Westens in der Tradition des europäischen Humanismus und der Aufklärung gegenüber politischen, religiösen und ethnischen Fundamentalismen in aller Welt.

Und drittens: Freiheit und Gleichheit.

Zur Frage nach der Priorität von Freiheit oder Gleichheit will ich weiter ausholen. Das ist die entscheidende Frage im innenpolitischen Bereich für die nächsten Jahrzehnte. Ich will weiter ausholen, weil dieses Grundproblem die politische Debatte in Deutschland in den nächsten Jahren bestimmen wird.

Ich betone: Gleichheit ist ein hoher Wert. Gleichheit vor dem Gesetz oder etwa Chancengleichheit im Wettbewerb um Erfolg und sozialen Status sind die Grundlagen unserer westlichen Zivilisation. Doch heute stellt sich in allen hoch entwickelten Industrienationen die Frage: Wie viel Gleichheit, wie viel Ausgleich von Unterschieden können wir uns leisten? Diese Frage stellt sich im Verhältnis der Staaten und der Kontinente zueinander, aber auch innerhalb der westlichen Wohlstandsgesellschaften selbst. Ich will diese Frage im Folgenden zunächst auf Deutschland und später auf Europa beziehen.

Die drei größten Herausforderungen für Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind für mich erstens der globale Modernisierungsdruck mit der weltweiten Mobilität von Kapital und Know-how, zweitens der Wettbewerbsdruck auf das Euroland Deutschland im Übergang zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft und drittens die demographische Entwicklung und deren Folgen für den Sozialstaat.

Gegenüber diesen Herausforderungen bestehen keine Defizite der Erkenntnis in Deutschland, sondern des Handelns. Wir wissen, was zu tun ist: Reformen in der Verwaltung, in der Wirtschaftsverfassung, in den sozialen Sicherungssystemen und im Bildungswesen. Wir wissen das. Auch das scheint klar zu sein: Bei weiterer Verspätung Deutschlands im Modernisie-

rungswettlauf der Industrienationen werden die notwendigen Reformen mit immer härteren Einschnitten verbunden sein. Die sozialen Fragen können mittelfristig zur schwersten Belastungsprobe unserer Demokratie seit ihrem Bestehen werden.

Viele Menschen reagieren heute schon mit Ängsten und Sorgen auf die Globalisierung und den beschleunigten Wandel.

Meine Damen und Herren, wenn Herr von Pierer, ein von mir geschätzter bayerischer großer Unternehmer, als Vorstandsvorsitzender von Siemens sagt: Die Halbleitertechnik hat in dem großen Verbund Siemens eigentlich keine Chance mehr, sie muss sich verselbstständigen, sie hat große Chancen im Weltmarkt, dann stelle ich fest, dass 60 000 Menschen, die davon betroffen sind, nicht mit Fahnen auf der Straße herumlaufen und sagen: Wir sind das Joch von Siemens endlich los, wir sind frei, wir können uns entwickeln, wir können uns jetzt richtig am Markt austoben! Die Menschen reagieren anders. Sie sagen: Wir wollen unter dem Dach von Siemens bleiben, wir wollen den Schutz haben!

Viele Menschen reagieren mit Ängsten und Sorgen auf die Globalisierung und den beschleunigten Wandel. Kulturell, politisch und wirtschaftlich sehen sich viele Menschen als Verlierer der Modernisierung und als Opfer anonyme Prozesse. Das ist übrigens auch eine der entscheidenden Folgen der Niederlage der CDU/CSU und auch der FDP gewesen, dass – ich sage das ohne Wertung – die Opposition deutlich gemacht hat: Wir werden es gerechter machen. Wir werden die Schwierigkeiten der Globalisierung und ihre Folgen abfedern. Wir werden das sozusagen ohne Schmerzen schaffen.

Es ist völlig klar, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wenn Sie krank sind, sagt Ihnen der eine Arzt: Da müssen Sie sich sehr stark am Riemen reißen! Sie müssen aufhören zu trinken, und das Rauchen sollten Sie auch einstellen; Sie sollten Waldlauf machen und früh ins Bett gehen und natürlich keine Extratouren. Wenn Sie das zwei Jahre richtig durchhalten, sind Sie wieder fit. – Der nächste Arzt sagt: Papperlapapp! Sie kriegen eine Tablette; die nehmen sie in der Früh, und ansonsten brauchen Sie nichts zu machen. – Die menschliche Natur neigt natürlich dazu, dem zweiten Arzt eher Recht zu geben. Nur die Folgen, meine Damen und Herren, werden nicht auf sich warten lassen!

Für viele Bürger stellt sich nicht die Frage nach dem offensiven Aufbruch und der Teilhabe an neuen Chancen. Für viele Menschen steht die defensive Abwehr von Verlusten und des sozialen Abstiegs im Vordergrund.

Viele zweifeln auch, ob die Politik ihnen überhaupt noch helfen kann. Manche meinen – ich habe das kurz angesprochen –, Politik sei von der wirtschaftlichen Dominanz der „global players“ bereits entmachtet und in der „Globalisierungsfalle“ gefangen, was die Autoren Peter und Schumann so deutlich aussprechen. Die Politik habe im globalen Wettlauf des mobilen Kapitals um die Standorte mit den niedrigsten Steuer, mit den geringsten Sozialkosten und mit den laschesten Umweltauflagen längst die Segel gestrichen. Aus dieser Sicht werden dann Politik und Staat oft nur noch als halbwegs funktionierender Reparaturbetrieb verstanden. Politik soll die Wunden heilen, die der angeblich unmenschliche Markt und der angeblich kalte Wettbewerb geschlagen haben. Ralf Dahrendorf fasst zusammen: „Wettbewerbsfähigkeit, soziale Kohäsion und politische Freiheit miteinander zu verbinden erscheint leider wie die Quadratur des Kreises.“ Ich widerspreche ihm. Ich bin ausdrücklich nicht dieser Meinung.

Aber das ist die Kernfrage der politischen Auseinandersetzung in Deutschland und in Europa, die im Übrigen quer durch alle großen Parteien geht: Wie soll die Politik auf den Modernisierungsdruck reagieren? Ich glaube, dass in Deutschland – im Gegensatz zu früheren Zeiten – der Süden Deutschlands auf den Modernisierungsdruck anders reagiert hat als – wenn ich es global sagen darf – der Norden Deutschlands, und damit hat der Norden Deutschlands im Grunde genommen in den letzten 20 Jahren seine Chancen nicht so genutzt, wie es eigentlich angemessen gewesen wäre.

Das ist keine Polemik; das ergibt sich einfach aus den Daten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Soll die Politik den Schwerpunkt auf Förderung von Eigenverantwortung, auf Eigeninitiative und Selbstständigkeit legen? Soll die Politik darauf Wert legen? Oder soll das Hauptziel die Gleichheit der Lebensverhältnisse sein, die Abwehr von Anstrengungen und der Ausgleich von Härten? Wer nur Letzteres macht, wird auf der Strecke bleiben. Das sage ich Ihnen voraus.

Es geht dabei grundsätzlich um das Verhältnis von Staat und Bürger. Für mich ist die Antwort völlig klar: Wir brauchen vom Staat Deregulierung, Steuersenkung auf breiter Basis, eine nachhaltige Finanz-, Renten- und Gesundheitspolitik – mit „nachhaltig“ meine ich auch, Rücksicht zu nehmen auf die noch nicht geborene Generation –, wir brauchen eine Förderung von Zukunftstechnologien und eine leistungsorientierte Bildungspolitik.

Sie wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich richte mich als Ministerpräsident natürlich in besonderem Maße auch an unseren Partnern aus, und ich habe mich gefreut, dass nach dreijähriger Suche und dreijähriger Prüfung aller Regionen in Europa das Volk von Kalifornien gesagt hat: Ihr Bayern seid eigentlich die; ihr seid zwar ein Drittel kleiner als wir, aber ihr habt in etwa dieselben Daten. Ihr habt noch kein Silicon Valley. Aber ansonsten habt ihr vernünftige Strukturen. Mit euch wollen wir eine Partnerschaft machen! – Ich habe dann mit der Bescheidenheit, die mir zu Eigen ist, gesagt: Na ja, Kalifornien, das passt zu Bayern. Und auch der Bayerische Landtag und die Bevölkerung haben gesagt: Jawohl, das ist es.

Wenn wir weniger regulieren, meine Damen und Herren, wenn wir die Steuern stärken senken, wenn wir die Zukunftstechnologien mehr fördern, dann fördert das beim Bürger mehr Selbstständigkeit, mehr Engagement, mehr Offenheit für Neues und mehr Bereitschaft für lebenslanges Lernen.

Ein Beispiel: Sehr konkrete Anreize zu mehr Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft bieten etwa die Modelle der Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern an der eigenen Firma, die so genannten Stock Options. Die Gewerkschaften aber müssten lernen, damit umzugehen, dass ihre Mitglieder nicht nur Lohnempfänger, sondern auch Teilhaber am Unternehmen sind und damit ein unmittelbares Interesse an der Wirtschaftlichkeit ihres Betriebes haben. Der Prozess ist unaufhaltbar, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Schlachten, die die IG Metall immer noch führt, können sicherlich noch einiges bewegen; aber das sind Abwehrschlachten, die mit der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts und vor allen Dingen mit den jungen Leuten nicht mehr kompatibel sind.

Der Grundkonsens in der deutschen Gesellschaft steht vor großen Belastungen. Umso mehr müssen wir bewahren und weiterentwickeln, was zu den Stärken Deutschlands gehört. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Soziale Marktwirtschaft und ihre gesellschaftliche Stabilität ein großer Vorteil auch im globalen Wettbewerb sind. Das bleibt das Credo der bürgerlichen Mitte in Deutschland: Ohne sozialen Frieden kein wirtschaftlicher Erfolg – und umgekehrt. Wir brauchen keine Gesellschaft des Hire and Fire zu werden.

Effiziente Sozialpolitik und effiziente Wirtschaftspolitik und Innovationspolitik sind die zwei Seiten der Medaille für Wohlstand und Arbeit. Sozialpolitik und Marktpolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Mehrheit der Leistungsträger in Deutschland lebt nach wie vor nach dem Ethos der Sozialen Marktwirtschaft. Individuelles Leistungsstreben darf nicht auf Kosten des Gemeinwohls gelingen. – Das ist das Problem Russlands, meine Damen und Herren. Privatisierung verstehen dort manche sozusagen als „private Beraubung“. Dort gibt es noch wenig Gemeinschaftsgefühl der breiten Gesellschaftsschichten, sondern es geht oft nach dem Motto: Alles nehmen, was man für sich haben kann, ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Verluste. – Das ist Gott sei Dank nicht unsere Tradition. Wir haben eine andere geschichtliche Tradition; das ist keine Frage.

Die Mehrheit der Staatsbürger im besten Sinne des Wortes erfüllt ihre Verantwortung und Pflicht gegenüber der Gemeinschaft: der Verantwortliche, der als Handwerksmeister in seinem Betrieb alle Umweltvorschriften einhält, auch wenn in nächster Zeit keine Kontrolle ansteht, der Anständige, der auf Schwarzarbeit verzichtet.

Die Politik aber muss die Rahmenbedingungen auf Seine Weise gestalten, dass nicht in Zukunft immer mehr Bürger zu der fatalen Einsicht kommen: Wer seine Steuern und seine Abgaben bezahlt und die Gesetze einhält, der kann im internationalen Wettbewerb nicht mehr bestehen – nach dem Motto: Der Ehrliche ist der Dumme.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren – ich sage das nur als Nebenbemerkung –, was an Regulierungssucht im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Scheinselbstständigkeit und dem 630-Mark-Gesetz passiert, ist jetzt die Nagelprobe. Hier gibt es jetzt den Aufstand. Die einen meinen, man könne aus einer ideologiebehafteten Gedankenwelt heraus alle Menschen in ein soziales Solidaritätsprinzip hineinpressen. Das ist durchaus edel gedacht. Nur, die Folgen sind katastrophal. Ich sage Ihnen voraus: Das wird für diese Regierung der größte Kampf, den sie bekommen wird. Sie muss sich jetzt plötzlich mit den kleinen Leuten auseinander setzen, nicht mit den großen. Auf die Straße werden demnächst die kleinen Leute gehen. Die Hausfrau wird auf die Straße gehen, und die Studenten werden auf die Straße gehen und sagen: Ich habe bisher 630 DM bekommen, und jetzt soll ich für 300 DM arbeiten; das mache ich nicht!

Wahlen gibt es Gott sei Dank immer wieder, und der Bürger hat immer wieder die Möglichkeit, Unmut oder Mut zu äußern, und das wird er am 13. Juni sicherlich auch tun. Man kann mit der Bevölkerung so nicht umgehen! Man muss pragmatischer sein und kann nicht nach ideologischen Gesichtspunkten handeln.

Voraussetzung für Freiräume, Eigeninitiative und wirtschaftliches Erfolgsstreben ist ein schlanker, effektiver Staat. Nur wenn der Staat nicht zu viel durch Steuern und Abgaben abschöpft, können Eigeninitiative und Allgemeinwohl in dieselbe Richtung zielen. Das ist eigentlich das Erbe von Ludwig Erhard und der Kern des sozialethischen Prinzips der Subsidiarität.

Meine Damen, meine Herren! Im Moment geht die Bundesregierung von dem Weg der Eigenverantwortung des Einzelnen wieder weg. Leider zeigen alle Umfragen, dass dies einer weit verbreiteten Stimmung entspricht. Seit 1990 hat in den Umfragen der Wert der Gleichheit gegenüber dem Wert der Freiheit an Attraktivität zugenommen. Gleichheit wird interpretiert als Geborgenheit und Besitzstandswahrung. Freiheit wird interpretiert als ein Stück sozialer Kälte. Das Bedürfnis nach Schutz und Betreuung steigt, und deshalb wächst natürlich auch die Sympathie für linken Etatismus, Regulierung und Umverteilung. Schutzangebote des Status quo sind attraktiver als mutige Reformen.

Doch Gleichheit auf niedrigerem Niveau darf nicht die Priorität haben gegenüber der Förderung von Leistung und mehr Wettbewerb, der notwendigerweise auch Ungleichheit mit sich bringt. Horkheimer sagt: Wo mehr Freiheit ist, ist weniger Gleichheit, und wo mehr Gleichheit ist, ist weniger Freiheit. Das ist die Schlüsselfrage.

Was Deutschland weniger brauchen kann denn je, ist eine verordnete Mittelmäßigkeit. Wir brauchen Aktivierung des Einzelnen und nicht Nivellierung. Nur dann können wir auch denjenigen Mitbürgern helfen, die auf die Solidarität tatsächlich angewiesen sind.

Freiheit und absolute Gleichheit schließen sich aus. Freiheit gibt es nicht umsonst. Freiheit heißt Anstrengung. Auch das ist eine Bilanz dieses Jahrhunderts. Wer alle gleich machen will, der macht alle gleich arm.

Aber bloße Appelle für mehr Mut zu Freiheit und zu Markt, die allgemeine Aufforderung zu Eigeninitiative und Selbstständigkeit allein haben keine Wirkung. Moralische Predigten, das Bejammern eines so genannten Werteverfalls helfen uns nicht weiter. Die Politik muss Anreize geben, die in der Alltagswelt erfahrbar und auch im Geldbeutel nachzählbar sind. Eine verantwortungsvolle Politik muss konkrete Wege in die Zukunft aufzeigen und dadurch ein Klima des Optimismus und des Aufbruchs schaffen.

Wir müssen heute erklären, was die Politik künftig nicht mehr gewährleisten kann. Wir müssen aber zugleich umso vehementer für das eintreten, was in unserer Sozialen Marktwirtschaft zum Kernbestand an Wirtschafts- und Sozialethik gehört.

Angesichts des Modernisierungsdrucks wird vielfach gefragt: Müssen wir eine härtere und kältere Gesellschaft werden? Ich meine: nein. Wir müssen an der Weiterentwicklung unseres Konsensmodells der Sozialen Marktwirtschaft durchaus festhalten. Auch der total mobile und in jeder Hinsicht flexible Mensch ist für mich kein Vorbild. Dem puren Optionisten, der als Einzelkämpfer des Marktes jede Chance auf Erfolg ergreift, kommt in letzter Konsequenz notwendigerweise jede Bindungsfähigkeit abhanden. Das Leben als „Nomade des globalen Marktes“ kann nur noch zu so genannten Patchwork-Biographien führen. Ein Leben als Stückwerk, ohne Werte, ohne Kontinuität und ohne verlässliche Geborgenheit etwa für die Kindererziehung oder für die Sorge um pflegebedürftige Verwandte ist für mich nicht lebenswert. Die Menschen dürfen nicht zu „Globalisierungsnomaden“ werden.

Das Menschen- und Gesellschaftsbild des ungebremsten Wettbewerbs ist auch eine Gefahr für Ehe und Familie. Die Familie aber ist der Ort der primären Sozialisation, der Erziehung zum aufrechten Bürger und zum Demokraten, pathetisch gesprochen: der Ort der eigentlichen Menschwerdung. Das kann der Staat nicht ersetzen.

Wer die Familie zerstört, der zerstört die Grundlagen unserer Gesellschaft. Ohne verlässliche Bindungen gibt es keine Solidarität und auch kein erfülltes Leben für den Einzelnen. Der Blutrausch von jugendlichen Amokschützen an amerikanischen Schulen scheint mir deshalb durchaus ein Menetekel für künftige Fehlentwicklungen zu sein.

Meine Damen, meine Herren, die Politik hat nach wie vor eine Lenkungs-, eine Steuerungs- und nicht zuletzt eine Schutzfunktion für die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen. Deshalb ist die entscheidende Verpflichtung der Politik: Sozial ist vor allem das, was Arbeit schafft, und zwar hier und möglichst bald. Für dieses Ziel muss der politische Konsens für Leistung und Wachstum in Deutschland eine Renaissance erfahren. Folgendes Motto unserer Erfolge muss neue Kraft erhalten: Wer das Beste aus seinem Leben macht, bringt auch dem Gemeinwohl am meisten.

Eine langfristige Politik für Arbeitsplätze und Wohlstand legt auch die finanziellen Grundlagen für eine aktive leistungsfähige Sozialpolitik. Es gibt eine soziale Dividende von persönlicher Leistung, von Fortschritt, Innovation und Wirtschaftswachstum. Diese Einsicht muss wieder neu mit Leben erfüllt werden. Die soziale Frage Nummer eins ist die Frage nach der Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine der dringlichsten Aufgaben des 21. Jahrhundert ist aber auch das Gebot einer langfristig gesicherten Entwicklung und des Erhalts der Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen.

1972 hat der Club of Rome auf die Grenzen des rein quantitativen und weniger qualitativen Wachstums hingewiesen. Damit ging eine Zeit zu Ende, in der die Entwicklungsstufe der Zivilisation am Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung gemessen wurde. Es wurden Verlaufsmodelle berechnet, die schon für das Jahr 2010 einen dramatischen Abfall der Industrieproduktion wegen mangelnder Rohstoffreserven prognostizierten. In diesen Modellen wäre die Weltbevölkerung noch bis höchstens 2050 rapide gewachsen, dann aber durch Hungersnöte und Umweltkatastrophen drastisch eingebrochen.

Diese pessimistischen Prognosen des Club of Rome, mit denen in den 70er Jahren Politik gemacht wurde, sind in letzter Zeit revidiert worden. Doch zur Entwarnung besteht kein Anlass.

Zur Umweltpolitik der neuen Bundesregierung will ich hier nur ein Thema herausgreifen: Auf dem UN-Kongress in Rio haben sich die Staatengemeinschaft und auch Deutschland verpflichtet, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, um den Treibhauseffekt zu mildern. Von diesem Ziel höre ich gegenwärtig fast nichts mehr. CO₂ scheint kein Thema mehr zu sein. Ich sage, meine Damen und meine Herren: Für mich bleibt der Ausstieg aus der Kernenergie ein gigantisches Förderprogramm zugunsten der Verbrennung fossiler Energieträger. Damit kann Deutschland die Ziele von Rio nie und nimmer erreichen.

Wie schizophren das letzten Endes ist, was Deutschland gegenwärtig zu verantworten hat, zeigt sich an Folgendem: Herr Kutschma hat mir gestern in Kiew erklärt: Die G-7-Staaten einschließlich Deutschland haben sich ver-

pflichtet, alles zu tun, dass Tschernobyl vom Netz genommen werden kann. Die Ukrainer allein können es nicht schaffen. Er sagt: Ihr lasst uns allein. Wir sind ein armes Land. Bei uns muss jeder Arbeitnehmer zehn Prozent Tschernobyl-Folgen zahlen. Fast 20 Prozent unseres Mehrwertsteueraufkommens brauchen wir in der Ukraine allein für Tschernobyl. Der Strom, den wir gegenwärtig aus Tschernobyl beziehen, ist 50 Prozent billiger als jeder andere Strom, der in der Ukraine erzeugt wird. Uns nützt es überhaupt nichts, wenn ihr in Deutschland große theoretische Diskussionen führt. Schaut euch eure Energiebasis und unsere wirtschaftliche Situation in der Ukraine an. Wir sind ein Volk von mehr als 53 Millionen Menschen. Wir haben gesagt: Wir schließen Tschernobyl sofort, im Jahre 1999, wenn ihr uns helft, wie zugesagt, zwei andere Kernkraftwerke, die bereits zu 90 Prozent fertig sind, schneller fertig zu stellen. – Es ist eine Schizophrenie, dass sich der deutsche Umweltminister jetzt weigert, diese Verpflichtung zu erfüllen und zu helfen, dass die beiden Kernkraftwerke fertig werden. Wenn sie nicht fertig werden, bleibt Tschernobyl noch lange am Netz, und es werden wieder neue Brennstäbe eingefahren. Die Wirklichkeit ist oft anders als die Ideologie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich sage immer wieder: Wer in der Politik nur nach ideologischen Prinzipien handelt, ist gefährlich. Deswegen: Wir brauchen mehr Pragmatismus.

Nachhaltigkeit, also Gerechtigkeit gegenüber den nachwachsenden und den nachfolgenden Generationen, muss ein wesentliches Prinzip unserer Politik werden, nicht nur in der Umweltpolitik. Wir haben im Bewusstsein, dass ich die Erde oder meine Umwelt nicht zerstören darf. In der Finanzpolitik und in der Steuerpolitik haben wir das noch nicht. Im Prinzip heißt es noch: Das müssen wir noch machen, und das müssen wir noch machen; mehr Lehrer müssen wir einstellen, und mehr Förderung müssen wir erfüllen. Dazu sagt der Finanzminister dann: Dafür habe ich kein Geld! Wer dagegen fordert, wir müssen zu neuen Ufern aufbrechen, hat die bessere Resonanz in der Bevölkerung.

Wir müssen uns aber deutlich machen – das muss ins allgemeine Bewusstsein eingehen –, dass alle Haushalte einschließlich des bayerischen – leider! – generell mehr ausgeben, als sie einnehmen. Wir haben uns angewöhnt, die Leistungsgesellschaft als eine Gesellschaft zu begreifen, die sich mehr leistet, als sie leistet. Die Amerikaner sagen uns das. Sie sagen ganz klar: Ihr lebt in Europa dauernd über eure Verhältnisse! Irgendwann kommt bei euch der große Crash!

Der derzeitige Schuldenstand in Deutschland von Bund, Ländern und Gemeinden von 2,25 Billionen DM bedeutet unweigerlich, dass die Netto-lasten für die nächste Generation in Deutschland um rund ein Viertel höher liegen als in der Gegenwart. Das heißt, wir belasten die nächste Generation mit gewaltigen Auflagen, damit wir besser leben können. Darüber muss man sicherlich ernsthafter und intensiver diskutieren.

Das bedeutet für den Staat: Wir brauchen eine schonungslose Überprüfung seiner Aufgaben und vor allem einen harten Sparkurs bei den konsumtiven Ausgaben. Für die Bürger bedeutet das zweifelsohne, Ansprüche heute zurückstellen zu müssen, um morgen weiter das Notwendige vom Staat erwarten zu können. Das ist in der Demokratie politisch außerordentlich schwer durchsetzbar. Aber ich sage noch einmal: Die kommenden Generationen dürfen nicht von der Last hoher Schuldenberge und gigantischer Zinszahlungen erdrückt werden. Deswegen habe ich mir zum Ziel gesetzt, in zehn Jahren einen schuldenfreien Haushalt zu schaffen. Wir haben in Bayern gegenwärtig einen Haushalt von rund 60 Milliarden DM, und wir nehmen unter zwei Milliarden DM Nettoverschuldung auf. Ich will jedes Jahr 200 Millionen DM weniger an Schulden aufnehmen, damit ich rechnerisch nach zehn Jahren zu einem schuldenfreien Haushalt komme. Ich bitte um Verständnis – das hat mit mangelnder Solidarität nichts zu tun –: Wenn ich mir so ein Ziel setze aus grundsätzlichen Erwägungen, dann bin ich natürlich nicht froh, wenn andere Länder das nicht machen, sondern weiterhin lustig ausgeben und dann von uns Geld aus dem Finanzausgleich haben wollen. Das ist das Problem: Wir sparen, und die anderen geben aus. Das kann auf die

Dauer nicht das Ziel sein.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit und Zukunftsvorsorge, meine Damen, meine Herren, ist auch die Grundlage für den Satz, den wir unseren Kindern seit jeher auf den Weg geben: Lerne was, dann wirst du was!

Ich komme damit zu einer weiteren, vielleicht der dringendsten Herausforderung für Deutschland. Die Entwicklungsmöglichkeiten für den Einzelnen, aber auch für unser Gemeinwesen insgesamt werden in Zukunft noch stärker als heute von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung abhängen. Die Älteren unter Ihnen, ich auch, haben in der Schule gelernt: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr. Oder: Schuster, bleib bei deinem Leisten. Das stimmt natürlich nicht mehr. Der Schuster kann heute nicht mehr bei seinem Leisten bleiben. Wenn er bei seinem Leisten bleibt, ist er in fünf, sechs, spätestens sieben Jahren nicht mehr up to date und verliert Marktanteile. Das heißt, unsere Wissensgesellschaft, unsere Informationsgesellschaft verändert unser Leben. An den Sprichworten kann man das nachvollziehen. Wenn sich heute das Wissen der Welt zwischen drei und fünf Jahren verdoppelt, dann müssen wir darauf natürlich reagieren, meine Damen und Herren. Der Takt von Forschung und Entwicklung wird immer kürzer. Der Fortschritt bei der Rechengeschwindigkeit eines durchschnittlichen Computers ist das beste Beispiel dafür.

Auch die Entwicklung der Wertschöpfung zeigt den Weg zur Informations- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Die Mikroelektronik in einem Auto ist wertvoller als der Stahl der Karosserie. Der Wissensanteil an einem Computerchip ist um das Zigtausendfache wertvoller als das Silizium, aus dem er gefertigt wird.

Die Folgen dieses Wandels sind klar: Neue Ideen, Wissen, Patente, Fähigkeiten sind die wichtigsten Quellen komparativer Vorteile. Natürliche Rohstoffe verlieren an Bedeutung gegenüber dem „Rohstoff Geist“. Das verschärft einen weiteren Trend der Globalisierung: Kapital und Wissen werden immer mobiler, die Arbeitskräfte nicht. Im indischen Bangalore erledigen leistungsfähige Fachkräfte Buchhaltungsarbeiten für deutsche Firmen. In Indien werden aber auch Softwareingenieure ausgebildet, die Spitzenprogramme für den Weltmarkt entwickeln und keine Konkurrenz zu scheuen brauchen.

Das ist der Trend: Investitionskapital ist mobil. Die Masse der Arbeitskräfte aber ist nicht so mobil. Das wollen wir auch gar nicht. Ich habe von Nomadentum gesprochen. Aber die Folge bei zu hohen Arbeitskosten oder mangelndem Bildungsniveau ist unausweichlich strukturelle Arbeitslosigkeit. Aus allen diesen Gründen ist nicht nur der Bundespräsident der Meinung: Bildung ist das Megathema der Zukunft.

In der modernen Informations- und Wissensgesellschaft entscheiden gleiche Bildungschancen für jeden über Wohlstand und sozialen Status. Bildung ermöglicht Teilhabe an den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen. Deshalb ist eine moderne Bildungspolitik heute zugleich eine moderne Sozialpolitik.

Europa ohne Grenzen zwingt mich als Ministerpräsidenten, der zuständig ist für die Bildungspolitik, natürlich, nicht nach dem Langsamsten in Deutschland zu schauen, sondern mein Konkurrent ist – wenn ich das so sagen darf – nicht in erster Linie Norddeutschland, sondern das ist zum Beispiel die Emilia Romagna, der Gürtel von Mailand nach Bologna. Hier spielt die Musik in einem unglaublichen Maße. Hier ist Innovation zu Hause, Kreativität, hochwertige Ausbildung, und ich muss alles tun, dass die Menschen in meinem Land damit konkurrieren können. Das ist Europa ohne Grenzen, Wir können nicht mehr in der Kultusministerkonferenz einen Leisten über alles in Deutschland ziehen. Was hat das heute noch für eine Bedeutung, wenn ich ein Europa ohne Grenzen habe? Das sind die Veränderungen.

Sozialpolitik war in der alten Industriegesellschaft in erster Linie Umverteilungspolitik: Ich nehme dem Reichen und gebe dem Ärmeren. Aber in einer Wissensgesellschaft kommt es immer mehr darauf an, was im Kopf ist. Wissen kann ich nicht aus dem Kopf herausnehmen und umverteilen. Ich muss alles tun, damit jeder nach seiner Begabung ausgebildet wird und Chan-

cen hat, in einer europäischen Gesellschaft seinen Platz zu finden.

Spitzenqualifikationen in den Naturwissenschaften und High-Tech sind unersetzlich für wirtschaftliche Leistungskraft. Wir wissen aber auch, wie arm wir ohne Tradition und Kultur wären, die uns in ihrer Vielfalt verbinden. Tradition und Fortschritt muss unser Losungswort sein. Die Menschen dürfen nicht entwurzelt werden.

Daher ist es entscheidend für unser Bildungssystem, dass nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch zu Werten und zu geistiger Orientierung erzogen wird. Die Ziele der Werteerziehung und der Bildung der Persönlichkeit sind von einigen Theoretikern der 70er Jahre ja zu Schimpfwörtern degradiert worden. Doch verinnerlichte stabile Werte, die ein ganzes Leben lang halten können, befähigen erst zur Orientierung in der Informationsflut. Ein Fundus an stabilen Werten schließt auch keineswegs die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen aus, um den beschleunigten Wandel beruflich und persönlich zu bewältigen.

Gerade im Zeitalter der Vernetzung der Welt zu einem „globalen Dorf“ müssen wir in den Schulen wieder mehr auf die Werte bauen, die Deutschland und seine Länder materiell, aber auch geistig und politisch so wohlhabend gemacht haben. Die moderne Gesellschaft darf keine kalte Gesellschaft sein; das ist auch ein Bildungsauftrag.

Ohne konkurrenzfähige Bildung keine konkurrenzfähige Zukunft! Doch gerade bei den Schulen und den Hochschulen hat Deutschland den Anschluss an die Weltspitze verloren. Das zeigen uns unter anderem die Ergebnisse der internationalen TIMS-Studie. Bayern hat daraus die Konsequenzen gezogen und eine umfassende Hochschul- und Schulreform auf den Weg gebracht.

Das aber ist ein weiteres Armutsszeugnis für das Land der Dichter und Denker, der großen Erfinder wie Diesel, Linde oder Röntgen, dass kreative und dynamische Kräfte Deutschland heute verlassen müssen, um ihre Ideen umzusetzen. Ich will Ihnen ein Beispiel aus meiner Verantwortung bringen. Herr von Winnacker kam Anfang der 90er Jahre zu mir – ich war gerade Ministerpräsident geworden – und wollte sich verabschieden nach Los Angeles. Er ist einer der ganz großen Genforscher, vielleicht der Papst schlechthin. Er arbeitet am Max-Planck-Institut und an der Universität in München. Er hat mir geschildert, dass er als Genforscher und seine ganze Familie kritisiert werden, als würden sie etwas Böses tun. Das hat er nicht mehr ausgehalten. Ich habe alles darangesetzt, ihn zu halten.

Wir haben in Bayern ganz eindeutig auf die Bio- und Gentechnologie gesetzt. Es kommt nicht von ungefähr, dass heute zwei Drittel aller Biopharmaka in Deutschland im Großraum München produziert werden, weil man hier in den letzten Jahren – ob das die Firma La Roche oder andere waren – die Chance gegeben hat, Genehmigungsverfahren für die Forschung und die Entwicklung schneller durchzuführen. Das führt dann natürlich dazu, dass solche Unternehmen ein Krebszentrum für die Welt dort errichten, wo sie die besten Bedingungen finden.

Das ist für mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Beweis: Wir brauchen den Wettbewerb in Deutschland. Das ist für mich Wettbewerbsföderalismus. Jeder soll seinen Beitrag leisten zum Gesamtwohl Deutschlands, nicht in aggressiver Konkurrenz, aber in wohlverstandener Konkurrenz. Ich glaube, dass wir im Bildungsbereich insgesamt mehr tun müssen. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich kann im Bildungsbereich diesen Kurs in der Kultusministerkonferenz, dass die einen weniger verlangen und das sozusagen zum Maßstab nehmen, langsam nicht mehr hören. Deswegen sage ich Ihnen ganz deutlich: Lasst uns einen Mindeststandard schaffen, das, was im letzten Land als Abitur noch anerkannt wird. Aber lasst uns dann in anderen Ländern auch mehr verlangen. Dann will ich aber auch, dass die Universitäten entscheiden, wer aufgenommen wird, und nicht irgendeine Bürokratie.

Gerade in der Wissenschaft wird noch rascher als in der Wirtschaft ein globaler Markt entstehen für hochbegabte Studierende und akademische Stars und Superstars. Ähnlich wie beim Fußball werden diese Eliten dorthin gehen, wo es die besten Möglichkeiten und das beste Umfeld gibt. Das muss nicht immer nur das zu verdienende Geld sein.

Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir bei der Förderung von wissenschaftlichen Spitzenleistungen ein Zeichen gesetzt. Wir haben in den letzten Jahren in Deutschland sicherlich viel getan zur Förderung der Schwächeren in den Schulen. Aber wir haben die Stärkeren nicht gefördert. Wir haben nicht mehr gewagt, Elite auszubilden. Wir haben in Bayern diesen Prozess vielleicht nicht in dem Maße vollzogen wie andere Länder. Wir sind aber natürlich auch ein Teil unseres Landes und leben auch in dieser gesamten politischen Kultur. Aber wir haben jetzt eine Elite-Akademie geschaffen, und es gibt einen Run auf diese Elite-Akademie, wie ich es mir gar nicht vorstellen konnte.

Ich will aber vermeiden, dass eine Kulturpolitik, die zu stark auf Gleichheit setzt, dazu führt, dass sich die Leistungstärkeren an den privaten Universitäten, die in Deutschland zuhause entstehen, mit teurem Geld einkaufen. Das ist für mich geradezu aberwitzig, dass eine falsch verstandene Kulturpolitik dazu führt, dass die leistungsstärkeren und die finanzstärkeren Eltern ihre Kinder auf private Universitäten mit 50 000 DM Semestergebühren schicken, sodass sie dann die besseren Einstellungschancen haben, wenn sie fertig sind, und jünger sind als die, die von den Universitäten kommen, für die wir Verantwortung haben. Das kann nicht Sinn einer vernünftigen Politik sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass im Grunde genommen erzwungene Gleichheit zur Ungleichheit über den Geldbeutel führt. Das kann nicht sein, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich weiß, dass der Übersee-Club zur Förderung von Leistungseliten beiträgt und regelmäßig Stipendien vergibt. Im Anschluss an meinen sicherlich viel zu langen Vortrag werden die diesjährigen Stipendien überreicht. Aber wir sind uns einig: Förderung je nach Begabung und Leistungsfähigkeit, aber auch je nach Bereitschaft, das jeweils Beste aus seinen individuellen Talenten zu machen, ist das Kennzeichen einer humanen Bildungspolitik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich in Schulen gehe, in Hochschulen, wenn ich mit Studenten diskutiere, frage ich gerne: Was ist dein Idol, was ist dein Vorbild? Häufige Antwort: Sportler. Ich habe nichts gegen Schumacher und Becker und Fußballer. Aber wenn ich in die USA gehe, dann werden auch Unternehmer, auch Wissenschaftler genannt. Dann sagt man Ihnen auch: Bill Gates ist ein interessanter Mann; solch einen Weg möchte ich mal einschlagen. Wenn Sie hier in Deutschland Bill Gates nennen, dann ernten Sie zunächst eines: Neid. Wir Deutschen befassen uns damit: Warum verdient der eigentlich so viel? Wir fragen nicht: Wie hat er das eigentlich geschafft, so weit zu kommen? Das ist der Unterschied, und das müssen wir verändern.

Meine Damen, meine Herren! Ich möchte zum Schluss noch einmal warnen vor mehr falsch verstandenem Staatsinterventionismus, vor dem, was wir gegenwärtig zum Beispiel mit dem Scheinselbstständigengesetz und dem 630-Mark-Gesetz erleben. Was soll ich denn einem Bürger sagen, der eine Freistellungsbescheinigung haben will, damit er nach diesem 630-Mark-Gesetz keine Steuern zahlen muss? Der tippt hin zu einem Beamten, und der fragt ihn: Haben Sie Einkommen? – Nein. – haben Sie ein Sparbuch? – Ja, habe ich schon. – Wie viel haben Sie da drauf? – 1000 DM. – Dafür bekommen Sie ja Zinsen. Also haben Sie Einnahmen. Dann kriegen Sie die Steuerfreistellungsbescheinigung nicht mehr! – Man muss sich einmal vorstellen, was ein solcher Mann oder eine solche Frau denken! Man muss sich einmal vorstellen, was wir Deutsche in unserer Regulierungssucht zusammenbringen, meine Damen und Herren!

Und wer dieses noch als soziale Wohltat verkauft, der wird nur eines erreichen: Dass sämtliche jungen Leute den Kopf schütteln über diese Politik. Ich freue mich natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass bei der letzten Wahl in Bayern immerhin jeder zweite 18- bis 21-Jährige unsere Politik gewählt hat.

Warum hat sich die Beschäftigung in der Privatwirtschaft in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1970 bis 1998, also in den letzten 28 Jahren, um 70 Prozent erhöht, in den Ländern, die jetzt zum Euroraum gehören, dagegen nur um fünf Prozent? Wie schaffen wir in Europa ein Klima für Selbstständigkeit

und Unternehmertum wie in den USA? Kann es für Deutschland oder Europa ein Vorbild sein, wenn der Demokrat Clinton sagt: Sozialhilfe ist eine zweite Chance, aber kein Lebensstil? Mit einer drastischen Erhöhung des Drucks zur Arbeitsaufnahme wurde in den USA die Zahl der Sozialhilfeempfänger allein in den letzten drei Jahren um ein Drittel gesenkt.

Ich will dazu den großen amerikanischen Juristen Louis Dembitz Brandeis zitieren, der vor mehr als 60 Jahren formuliert hat:

Wir müssen am meisten auf den Schutz unserer Freiheit achten, wenn die Regierung wohltätige Absichten verfolgt.

Da ist was dran!

Erlauben Sie mir, dass ich zum Abschluss noch einmal zurückkomme auf das dramatische Thema Kosovo/Bedeutung Europas. Ich will nur so viel sagen: Der Kosovo-Konflikt hat die Frage nach Sinn und Zweck der Europäischen Union neu aufgeworfen. Wir erkennen, dass die Osterweiterung rascher auf die Agenda der nächsten Jahre gesetzt werden muss. Aber es stellt sich dann für uns die Frage nach der Finalität des europäischen Einigungsprozesses.

Wie soll eigentlich das Europa der Zukunft aussehen? Was muss geschehen, damit Europa weniger Überflüssiges, aber mehr Notwendiges regelt? Wie muss die dringend notwendige gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik gestaltet werden, um rasch, geschlossen und effektiv auf Krisen reagieren zu können? Welche Kompetenzen müssen die Außenminister der Nationalstaaten an die Europäische Union abtreten? Brauchen wir einen einzigen EU-Außenminister? Wie kann die außenpolitische Gemeinsamkeit organisiert werden, ohne dass daraus ein zentralistischer Bundesstaat Europa entsteht, den wir mit Sicherheit nicht wollen und den auch die Bürger nicht wollen?

Um die Antworten auf diese Fragen muss gerungen werden. Wir müssen Europa als Friedensprojekt dringend handlungsfähiger machen. Doch das ist eine Prämisse für mich: Ein Zentralstaat Europa würde bei den Menschen eher das Gefühl provozieren: Das ist nicht mein Europa.

Der europäische Kontinent ist, anders als der amerikanische Kontinent, gekennzeichnet durch jahrhundertelange, um nicht zu sagen jahrtausendlange Entwicklungen zur Vielfalt. Das ist unser Schatz, und diese Vielfalt muss man bewahren in der Einheit.

Meine Damen, meine Herren, ich glaube, dass das für Bayern genauso gilt wie für Hamburger. Ich sage immer: Bayern ist meine Heimat. Das können Sie noch herunterdeklinieren auf die lokale Ebene, dorthin, wo Sie sich sozusagen geborgen fühlen, nicht nur in der Familie allein. Das gilt auch für Sie als Bürger Hamburgs oder als was Sie sich begreifen. Aber sicherlich ist Deutschland unser gemeinsames Vaterland. Die Gemeinsamkeiten der Entwicklung, die Möglichkeiten, in Deutschland gesellschaftliche Konflikte zu lösen – die kann ich nicht in Europa lösen –, müssen wir nutzen. Wir müssen hier in Deutschland die Probleme der Sozialversicherung lösen; das können wir noch nicht in Europa machen.

Wir müssen bei aller europäischen Entwicklung beachten, dass der Nationalstaat, der heute eine andere Funktion und Bedeutung hat als vor 50, 100 oder 200 Jahren, seine Bedeutung behält.

Ich möchte die Zukunft in einen Dreiklang fassen: Bayern ist meine Heimat, Hamburg ist Ihre Heimat, Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft. Das ist für mich der Dreiklang, der die Menschen faszinieren soll. Wenn uns das gelingt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann werden wir eine gute Zukunft haben. Und daran glaube ich zweifelsohne.

Wenn das für mich gilt, dann ist das vielleicht auch eine Lösung, die zur Feier 50 Jahre Übersee-Tag passt. Sie können auf das, was von Ihrem Club geleistet worden ist, dankbar zurückschauen. Wir sollten aus der Dankbarkeit des Rückwärtsschauens aber auch mutig nach vorn schauen. Und es schadet überhaupt nichts – das sage ich als Katholik aus dem Süden –, wenn man auch ein bisschen gläubig nach oben schaut. Das gibt auch ein Stück Stabilität. Sozusagen dankbar rückwärts, mutig vorwärts und gläubig aufwärts.

Wir leben in einer hochinteressanten Zeit. Wir dürfen die Wende vom zwei-

ten zum dritten Jahrtausend erleben. Wir erleben eine Wende von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft und zur Kommunikationsgesellschaft. Wir erleben ein hohes Maß an Freiheit und Frieden – also das, was Stresemann und Briand noch nicht erreicht haben, was Adenauer und de Gaulle und alle Kanzler mit den Bundespräsidenten in 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland verfolgt haben als Kern der europäischen Integration. Das sollte uns eigentlich zuversichtlich machen, und das sollte uns offener machen für neue Entwicklungen. Was uns fehlt – alle hier Anwesenden selbstverständlich ausgenommen –, ist oft ein wenig mehr Zutrauen in die Zukunft und in die Offenheit der Zukunft und ein bisschen weniger Klagen und Jammern.

Das, meine Damen, meine Herren, wäre manchmal auch angebracht, damit wir den jungen Leuten Zuversicht geben können. Wenn die Menschen immer wieder sagen: Es ist schwierig, es ist mühsam, es ist alles so kompliziert – wie soll dann ein junger Mensch optimistisch in die Zukunft schauen? Deswegen sind auch wir, die Generation derer, die jetzt Verantwortung tragen in den verschiedenen Funktionen, dafür verantwortlich, der Jugend Zuversicht und Mut zu machen, die Schwierigkeiten nicht zu verneinen, aber wegen der Schwierigkeiten nicht in Defätismus zu verfallen. Das verkauft sich vielleicht besser, wenn man Defätismus zelebriert und wenn man alles schwarz in schwarz malt. In dem Sinne wollen wir es nicht schwarz in schwarz malen, obwohl ich sonst für Schwarz bin, meine Damen, meine Herren, sondern wir wollen unsere Zukunft mit Mut und Zuversicht anpacken. Wir haben alle Voraussetzungen dazu. ■